

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Band: 39 (1947)
Heft: 12

Artikel: Dokumente zum Marshall-Plan
Autor: Weckerle, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353308>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dokumente zum Marshall-Plan

Wohl das am meisten in die Augen springende politische Phänomen der Gegenwart ist die ausserordentliche Aktivität, die die Vereinigten Staaten diesmal beim Aufbau der europäischen Nachkriegsordnung entfalten. Nach dem letzten Kriege war dies total anders. Damals zogen sich die Vereinigten Staaten, nachdem sie durch den Einsatz ihrer Militär- und hauptsächlich ihrer Wirtschaftsmacht den Krieg zugunsten der Alliierten entschieden hatten, auf ihren Kontinent zurück und überliessen Europa samt dem Völkerbund, der einer Lieblingsidee ihres Präsidenten Wilson entsprungen war, seinem Schicksal. Der Isolationismus triumphierte, und auch Wilson selber musste das Feld räumen. Heute ist der Isolationismus in den Vereinigten Staaten tot. Auch die stursten unter seinen Anhängern sind durch den zweiten Weltkrieg belehrt worden, dass es in dieser Welt keine Isolierung mehr gibt und dass Europas Schicksal irgendwie auch immer Amerikas Schicksal bestimmt. Zugleich sind aber die Aussichten für eine Rückkehr Europas zu geordneten Verhältnissen aus eigener Kraft ungleich geringer als nach dem ersten Weltkrieg. Alle Länder ohne Ausnahme zeigen furchtbare Kriegswunden, die die Wiederingangsetzung der Produktion hemmen, wenn nicht unmöglich machen. Auch ist Deutschland in diesem Kriege so vollkommen zerschmettert worden, dass die Sieger von ihm auf absehbare Zeit nicht nur keine Reparationen zu erwarten haben, sondern im Gegenteil befürchten müssen, dass Deutschlands Niedergang auch sie in den Abgrund reisst. Zu alledem gesellt sich eine politische Uneinigkeit der Siegermächte, die keine gemeinsame Konzeption über die einzuschlagenden Wege zur Befriedung der Welt gestattet. Die Folge ist, dass das Chaos, das bereits nach dem Kriege beunruhigende Ausmasse angenommen hatte, noch immer weiter um sich greift und mehr oder weniger alle Völker Europas mit Hunger und Elend bedroht, was wieder allenthalben die ohnehin bestehenden sozialen Spannungen in einem Grade verschärft, dass eine wirtschaftliche Stabilisierung immer ferner rückt. Bereits tauchen, nachdem man soeben noch den Sieg über Deutschland, Italien und Japan begeistert als einen Sieg der Demokratie gefeiert hatte, die Schatten neuer Diktaturen auf und drohen die Länder Europas die nach so furchtbarem Aderlass wieder gewonnene Freiheit aufs neue zu verlieren.

Was bezweckt der Marshall-Plan?

Das ist der Tatbestand, vor den sich die Vereinigten Staaten nach diesem Kriege gestellt sehen, und ob es ihnen behagt oder nicht, so müssen sie daraus die Konsequenz ziehen, wenn ihr Ein-

satz in diesem Krieg nicht umsonst gewesen sein soll. Ihren bisher sichtbarsten Niederschlag hat diese Erkenntnis in dem Plan einer amerikanischen Europahilfe gefunden, den der amerikanische Staatssekretär George Marshall, einer der Hauptorganisatoren des militärischen Sieges, zum erstenmal am 5. Juni dieses Jahres in einer Rede an der Havard-Universität andeutungsweise entwickelt hat und der jetzt im Begriffe steht, konkrete Gestalt anzunehmen.

Ueber die Ueberlegungen, die dem Hilfsplan zugrunde liegen, hat sich Marshall selber im Oktober dieses Jahres am Kongress des CIO (Congress of Industrial Organisation) mit grosser Ausführlichkeit geäussert. Marshall sagte einleitend:

Es besteht die Gefahr, dass der einzelne Mensch, dessen Wohlergehen die Hauptsorge jeder demokratischen Innen- und Aussenpolitik sein muss, im Dunste der ideologischen Verallgemeinerungen und Schlagwörter, welche die Luft erfüllen, aus der Sicht verschwindet. Verallgemeinerungen werden oft als Evangelium hingenommen, ohne auch nur eine oberflächliche Prüfung der Gültigkeit ihres Inhaltes. Oft dienen sie der Verdunkelung der grundlegenden Frage, die, wie ich es heute sehe, einfach darin besteht, ob die Menschen frei sein wollen oder nicht, ihre soziale, politische und wirtschaftliche Existenz gemäss ihren Wünschen zu organisieren, oder ob ihr Leben durch kleine Menschengruppen bestimmt und gelenkt werden soll, die sich diese willkürliche Macht angemasst haben . . . Ich brauche vor diesem Kongress nicht hervorzuheben, dass die Rechte der Arbeiter und die Hoffnungen und Möglichkeiten für weitere Fortschritte der Arbeiterschaft vollständig vom Schutze der bürgerlichen Freiheiten abhängen. Diese Frage ist nicht eine theoretische Frage des politischen Firmenschildes, sondern die sehr reale Frage, ob die bürgerlichen Freiheiten, das heisst vor allem auch das Recht der Kritik und das Recht zur Abberufung eines zu Regierungsaufgaben gewählten Individuums unangetastet bestehen bleiben oder nicht. Kein Teil der amerikanischen Bevölkerung hat ein grösseres Interesse an der Aufrechterhaltung von freien Institutionen in der Welt als die amerikanische Arbeiterschaft, denn eines der ersten Opfer jedes Diktaturstaates und insbesondere des Polizeistaates ist das Recht der Arbeiterschaft, sich zum Schutze ihrer Interessen zu organisieren. Es ist eher eine Banalität, wenn man sagt, die Welt sei heute klein geworden, aber es ist dies nichtsdestoweniger eine Tatsache, und was an entlegenen Orten geschieht, berührt unvermeidlich unsere Angelegenheiten und unser Leben, oft sehr rasch und manchmal sehr ernsthaft.

Zu dem Zweck des eigentlichen Hilfsplanes übergehend, bemerkte Marshall:

Als ich am 5. Juni in Havard meine öffentliche Erklärung abgab, war es schon völlig klar, dass sich eine Situation entwickelte, in der wir sofort über zwei Verhaltensweisen zu entscheiden hatten: entweder konnten wir uns ausschliesslich mit unsern eigenen innern Angelegenheiten befassen, trotz unsern schweren Verpflichtungen in Deutschland,

Oesterreich und Italien und während Europa an einer vollständigen politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung litt, oder aber wir mussten einen Schritt unternehmen, um Europa zu helfen, eine katastrophale Auflösung mit tragischen Folgen für die Welt zu verhindern. Daher wurde der Vorschlag gemacht, dass die europäischen Staaten sich unter dem Druck der Schwierigkeiten, denen sie sich gegenübersehen, zusammentun sollten, um eine Grundlage der Zusammenarbeit für ihren eigenen Wiederaufbau auszuarbeiten und um auf geschäftsmässiger Basis das Ausmass und den Charakter der auswärtigen Hilfe zu errechnen, deren sie dringend über das hinaus benötigen, was für sie menschenmöglich ist, selber zu erreichen...

Welche Form die vorgeschlagene Hilfe auch immer annehmen wird, wir müssen die Garantie haben, dass die beteiligten Länder alle möglichen Anstrengungen unternehmen werden, um die Produktionsziffern zu erreichen, die sie sich zur Aufgabe gestellt haben, dass sie die notwendigen Fiskal- und Finanzreformen durchführen. Wir hegen grosse Bewunderung für die Stärke, welche die Bewohner dieser Länder in langdauernden Mangelzeiten bewiesen haben, aber die gegenwärtige Lage erfordert mehr als stoische und selbst heroische Ausdauer. Das grundlegende gegenwärtige Problem für den Wiederaufbau der Welt ist die Produktion, und ich muss hinzufügen, dass eine erhöhte Produktion notwendig und gebieterisch härtere Arbeit erfordert, und das wiederum erfordert mehr — und nicht weniger — Lebensmittel. Die Produktivität der amerikanischen Farmen und Fabriken ist für die ganze Welt von gewaltiger Wichtigkeit. Aus diesen und andern Gründen nehmen wir eine eigene Stellung in der Welt ein, die eine schwere Verantwortung in sich schliesst, die nicht umgangen werden kann, selbst dann nicht, wenn wir das wollten. Die Vereinigten Staaten stehen im Mittelpunkt einer höchst kritischen Periode der Welt.

Die Situation schliesst Gefahren in sich ein, die jeden einzelnen Amerikaner in gleicher Weise berühren. Es wäre grösster Wahnsinn, zu glauben, dass wir abseits stehen oder den Dingen ihren Lauf lassen können. Ein sehr prominenter Amerikaner erklärte kürzlich, dass «kein privates Programm und keine öffentliche Politik in irgendeinem Abschnitt unseres nationalen Lebens fortan der Tatsache aus dem Wege gehen kann, dass, sofern unser Handeln nicht nach weltweiten Gesichtspunkten ausgerichtet ist, es ins Nichts geplant ist».

Was die Vereinigten Staaten in Gefahr bringt, bringt jeden einzelnen von uns in Gefahr, die Arbeiterschaft, die Industrie und die Landwirtschaft, denn da Europas wirtschaftliche Stabilität die Voraussetzung einer politischen Stabilität ist, ist es für uns, unsern Frieden und unsere Sicherheit von höchster Wichtigkeit, dass sie zustandekommt. Wir sehen uns der Gefahr des eigentlichen Verschwindens der charakterlichen Merkmale der westlichen Zivilisation ausgesetzt, auf denen unsere Regierung und unsere Lebensweise beruhen. Wir schreiten in einer fest umrissenen Kampagne voran, welche die Weltstabilität als unumgängliche Bedingung des Weltfriedens zum Ziele hat.

Der Pariser Plan

Der Anregung Marshalls haben 16 europäische Staaten Folge geleistet. Es sind dies: Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Irland, Luxemburg, Italien, Holland, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei, Grossbritannien. Zusammen repräsentieren diese eine Bevölkerung von annähernd 250 Millionen Einwohnern. Die Vertreter dieser sechzehn Staaten arbeiteten im September dieses Jahres einen Bericht aus, der am 27. September der Regierung der Vereinigten Staaten überreicht wurde. In diesem wird festgestellt, dass die europäischen Staaten in den nächsten vier Jahren vollständig auf die Hilfe der Vereinigten Staaten angewiesen sind. Es wird betont, dass eine angemessene Unterstützung im Jahre 1948 von entscheidender Bedeutung für die Ankurbelung der europäischen Wirtschaft sei und dass ein ständiger Zufluss von Gütern und Dienstleistungen bis 1951 erforderlich sein werde. Der Gesamtbetrag des Dollardefizits von 1948 bis 1951 wird im Bericht auf 22,4 Milliarden Dollar geschätzt. Unter anderem stellt der Bericht fest, dass die Not in den westeuropäischen Staaten teilweise durch den Verlust der osteuropäischen Märkte verursacht worden sei und dass namentlich die Importe aus Osteuropa einschliesslich der Sowjetunion infolge der durch den Krieg verursachten Verheerungen aufgehört hätten. Als wichtigste Faktoren für die Gesundung Europas werden Kohlen, elektrische Energie und Treibstoffe genannt. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die westeuropäischen Staaten in folgendem Rhythmus Importe aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika benötigen:

	(in Millionen Dollar)	
	1948	1951
Lebens- und Düngemittel	3300	3400
Kohle	300	50
Erdölprodukte	500	550
Eisen und Stahl	400	300
Bauholz	300	220

Für 1948 wird mit einer auf nahezu sieben Millionen Tonnen gesunkenen Produktion an Brotgetreide in Europa gerechnet. Dazu stellt der Bericht fest, dass frühestens 1951 gleichviel Brotgetreide wie vor dem Kriege hervorgebracht werden könne. Für die Wiederherstellung der Vorkriegsbestände an Vieh seien mehr als vier Jahre notwendig, und auch die Fleischproduktion werde 1951 erst 90 Prozent derjenigen vor dem Kriege betragen.

Der amerikanische Expertenplan

Inzwischen hat ein amerikanisches Expertenkomitee auf Grund des Pariser Berichts einen Hilfsplan ausgearbeitet. Dieser sieht für das erste Jahr eine Hilfe im Umfang von 6 bis 7 Milliarden Dollar vor, während sich die Gesamthilfe für die vier Jahre auf 16 600 Millionen Dollar belaufen soll. Die Hauptzüge des amerikanischen Hilfsplanes sind:

1. Er wird Geldzuweisungen und Anleihen wie auch Güterabgaben umfassen.
2. Ueber 75 Prozent des Gesamtbedarfes während der vier Jahre werden in Lebensmitteln, Brennstoffen und Rohmaterialien bestehen. Weniger als 25 Prozent werden aus Kapitalgütern bestehen.
3. Westeuropa ist berechtigt, mit den ihm zur Verfügung gestellten Dollars Güter von andern Ländern als Amerika zu kaufen, wenn es sich dabei um Materialien wie Kupfer, Zinn, Petroleum, Stickstoffverbindungen usw. handelt, die Amerika nicht exportieren kann.
4. Die beteiligten Länder dürfen keine amerikanischen Fertigfabrikate weiter exportieren. Auf amerikanische Rohmaterialien trifft dies nicht zu, die zur Veredelung und zur Erzeugung von Fertigwaren, so von Automobilen, dienen.
5. Amerika soll mit den sechzehn Ländern gegenseitige Abkommen abschliessen, während die sechzehn Länder zum Zweck der Nutzbarmachung der amerikanischen Hilfe multilaterale Abmachungen treffen werden.
6. Amerika wird die beteiligten Länder auffordern, sofortige Finanzreformen und Währungsstabilisationen vorzunehmen. Die Frage, welcher Betrag für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden solle, ist noch nicht geklärt; es ist von drei Milliarden Dollar die Rede.

Der Harriman-Bericht

In engem Zusammenhang mit diesem Plan steht der Bericht des sogenannten Harriman-Komitees, das speziell zur Aufgabe hatte, den Pariser Plan gegenüber den praktischen Möglichkeiten abzuwägen. Dieser Bericht umfasst drei Teile und ist aus Beratungen von Vertretern der akademischen Fachkreise, des Bankwesens, des Handels, der Industrie und der beiden grossen Gewerkschaftsverbände CIO (Congress of Industrial Organisation) und AFL (American Federation of Labor) hervorgegangen. Die Grundgedanken des Harriman-Berichtes sind:

Europa kann nicht «von aussen», wie grosszügig dies auch unternommen würde, auf die Beine geholfen werden. Europa muss sich selber auf seine Füsse stellen. Die Hilfe von aussen kann nicht mehr als eine Initialzündung sein, ein Funke, der die Maschine in Gang bringt. Eine solche Hilfe auferlegt den Vereinigten Staaten Opfer durch die unvermeidliche Verknappung gewisser Waren und Steigerung des Inflations-

druckes. Die Vereinigten Staaten müssen diese Opfer aus wirtschaftlichen, strategischen und politischen Erwägungen auf sich nehmen, nicht aber etwa, um eine angeblich bevorstehende innere Wirtschaftskrise abzuwenden. Diese Hilfe Amerikas sollte an die Bedingung geknüpft sein, dass die Hilfennehmer alles tun, um die im Schlussbericht des Komitees für europäische Wirtschaftszusammenarbeit umrissenen Produktions- und Stabilisierungsziele zu erreichen. Sollten sie solche Schritte nicht unternehmen, so müsste die Fortführung der amerikanischen Hilfe unterbunden werden. In bezug auf die Methoden, mit denen sie diese Ziele zu erreichen versuchen, sollten sie indessen frei sein, solange diese Methoden demokratisch bleiben. Weiter wird erklärt:

« Obschon wir glauben, dass das System der freien Wirtschaft sich zur Erzielung einer hohen Produktion am besten eignet, glauben wir nicht, dass unser Hilfsprogramm dazu benützt werden sollte, dieses System andern Ländern aufzuzwingen ».

Aus vielen Gründen kann die Hilfe zunächst nur für ein Jahr gegeben werden, und zwar sollte sie 5,75 Milliarden betragen — bei 12 bis 17 Milliarden für die Vierjahresperiode. Diese 5,75 Milliarden stellen den Betrag, der den Lieferungsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten entspricht bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Finanzierungsmöglichkeiten der Weltbank, der Privatbanken und anderer Länder der westlichen Hemisphäre. Die Ausführung des Programms macht antiinflationistische Massnahmen in den Vereinigten Staaten nötig und erfordert die Schaffung einer besonderen Verwaltungsstelle, am besten in der Form einer Korporation.

Ergänzende Erklärungen Marshalls

Weitere bemerkenswerte Einzelheiten über den Plan gab Staatssekretär Marshall am 10. November vor den Mitgliedern der Kommission für Auswärtiges des Senates und des Repräsentantenhauses bekannt. Unter anderem erklärte er:

Prinzipiell soll die Hilfe die Form von Geschenken oder Darlehen annehmen, je nach der Rückzahlungsmöglichkeit und der Wirkung der Anhäufung einer weiteren Schuld auf den Wiedergenesungsprozess der einzelnen Länder. Immerhin sollen grundsätzlich die Lieferungen von Lebensmitteln, Düngemitteln und Brenn- oder Treibstoffen geschenkwise erfolgen, während der Zweck der Darlehen darin bestünde, den Import von Rohmaterialien und anderer Güter zu ermöglichen, welche direkt der Schaffung von Rückzahlungsmitteln dienen und wo eine solche Rückzahlung auch wirklich erwartet werden kann.

Marshall schlug vor, dass die Vereinigten Staaten mit jedem einzelnen der 16 Länder zweiseitige Abkommen eingehen sollten, um sicherzustellen, dass die gewährte Hilfe auch nutzbringend verwendet wird. In diesem Abkommen wäre etwa die Verpflichtung zu stipulieren, Fiskal- und andere Massnahmen zu treffen, welche die Stabilität der Preise und die Steigerung der Produktion bis

auf die von den 16 Ländern geplante Höhe ermöglichen würde. Auch die Herabsetzung und die Förderung des Warenaustausches würden in den Rahmen der obengenannten Abkommen gehören.

E i n e I n t e r i m s h i l f e

Da das Inkrafttreten des eigentlichen Hilfsplanes begreiflicherweise noch einige Zeit beanspruchen wird, schlug Marshall eine *Interimshilfe* vor und forderte die versammelten Kommissionsmitglieder zur Bereitstellung einer Summe von rund 600 Millionen Dollar auf, um Frankreich, Italien und Oesterreich bis zum 31. März 1948 über die schlimmste Not hinwegzuhelfen.

T r u m a n s z e h n P u n k t e

Wie schon der Harriman-Bericht andeutete, macht die Ausführung des Marshall-Plans antiinflationistische Massnahmen in den Vereinigten Staaten notwendig. Hierzu hat Präsident Truman in einer am 18. November veröffentlichten Botschaft ein zehn Punkte umfassendes Programm entwickelt, das folgende Massnahmen vorsieht:

1. Die Einführung der Kontrolle der Kreditkäufe und die Einschränkung der inflationistischen Bankkredite;
2. die Kontrolle der Spekulationsabschlüsse an den Getreide- und Effektenbörsen;
3. die Ausdehnung und die Verschärfung der Exportkontrolle;
4. die Ausdehnung der gegenwärtigen Befugnisse der Regierung, Transporterleichterungen zur Sicherung der Ablieferung der Exportgüter zu verfügen;
5. den Erlass von Massnahmen zur Kontrolle des Handels mit Vieh und Geflügel zwecks Einsparung von Getreide;
6. die Ermächtigung des Landwirtschaftsdepartements, Sparmassnahmen zu verfügen, die dazu bestimmt sind, die Lebensmittelproduktion in den Vereinigten Staaten zu erhöhen;
7. die Ermächtigung der Regierung, die Verteilung von Rohstoffen sicherzustellen, die für die industrielle Produktion zur Deckung des Bedarfes der Vereinigten Staaten und des Auslandes bestimmt sind;
8. die Ausdehnung und die Verschärfung der Mietzinskontrolle;
9. die Ermächtigung der Regierung zur Einführung der Rationierung von Produkten, die in ungenügender Masse vorhanden sind und die Lebenskosten verteuern;
10. die Wiedereinführung der Preiskontrolle für Produkte, die in ungenügender Masse vorhanden sind, sowie die Wiedereinführung der Lohnkontrolle.

Wie man sieht, handelt es sich um Massnahmen von teilweise recht einschneidendem Charakter. Im übrigen betonte Truman

noch einmal mit grossem Nachdruck die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Soforthilfe an die europäischen Länder, wobei er geltend machte, dass diese eine wichtige Voraussetzung für das Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf lange Sicht sei. « Sollten die westeuropäischen Länder im Laufe dieses Winters zusammenbrechen, weil es ihnen nicht möglich wäre, die Lücke zwischen ihren Hilfsquellen und ihren Bedürfnissen zu überbrücken, so würde es ihnen nicht möglich sein, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu vollziehen. » Viel beachtet wurde folgender Hinweis, der ohne ausdrückliche Namensnennung erfolgte, der sich aber unmissverständlich an die Sowjetunion richtete: « Wir haben festgestellt, dass nicht alle Nationen unsere Absichten teilen oder unsere Methoden billigen. Wir bedauern die entstandenen Meinungsverschiedenheiten und die laut gewordene Kritik. Wir können es uns jedoch nicht leisten — und wir beabsichtigen es auch nicht zu tun —, den bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit einigen Nationen zu erlauben, unsere Bemühungen zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit andern Nationen zu zerstören, die genau so wie wir die Freiheit schätzen und Frieden und Stabilität in der Welt anstreben. »

Noch vor der Bekanntgabe seines Zehn-Punkte-Programms hatte Truman dem amerikanischen Volke einen Lebensmittel-Ersparnisplan unterbreitet, der, obwohl er auf freiwilligen Einschränkungen beruht, ein starkes Echo fand.

Die Haltung der amerikanischen Gewerkschaften

Eine Tatsache von allergrösster Bedeutung ist darin zu erblicken, dass die amerikanischen Gewerkschaften den Marshall-Plan einhellig unterstützen und offenbar entschlossen sind, sich mit allen Kräften für dessen Durchführung einzusetzen. In dieser Hinsicht besteht unter den beiden grossen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden nicht der geringste Unterschied. Der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossene Congress of Industrial Organisation (CIO) liess es sich sogar nicht nehmen, in der Person des Generalsekretärs Jim Carey einen Sonderdelegierten zur jüngsten Sitzung des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes mit dem Auftrag zu entsenden, dieses zu einer klaren Entscheidung zugunsten des Marshall-Plans zu bewegen, was ihm aber nicht gelang. Immerhin fand der amerikanische Sonderdelegierte Gelegenheit, dem Exekutivkomitee die Auffassungen der amerikanischen Gewerkschaften näher darzulegen. Hierbei gab Jim Carey folgende Erklärung ab:

Die amerikanischen Arbeiter sind aufs stärkste darüber aufgebracht, wie man in Europa einen guten Willen verhöhnt. Wie? Der Marshall-Plan wäre nur ein Mittel, um dem amerikanischen Kapitalismus und

der Wallstreet zu erlauben, die europäische Wirtschaft in ihre Gewalt zu bekommen? Und wir würden dies gutheissen? Ist es Wallstreet, das die 11 Milliarden Dollar, die Russland auf Grund des Pacht- und Leihgesetzes gegeben worden sind, aufgebracht hat? Wallstreet und unsere reaktionären Kapitalisten folgten damals dem Schlagwort «America first» — zuerst Amerika! Und sie haben ihre Haltung nicht geändert. Die gleichen Kreise sind heftige Gegner des Marshall-Planes.

In einem Memorandum hat Philipp Murray, der Präsident des CIO, Präsident Truman die Ziele unserer Organisation ausführlich dargelegt. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen: Hilfe für die Völker, damit diese ihren Lebensstandard heben und in demokratischer Weise mit ihren Schwierigkeiten fertig werden können, ohne dass sie dem Druck der Not und des Elends erliegen.

Unser Kongress hat einstimmig, also einschliesslich der Kommunisten, ein Hilfsprogramm beschlossen, das in keiner Weise die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit der unterstützten Länder bedroht, und Präsident Truman hat diesem Programm zugestimmt.

Die andere Spitzenorganisation, die American Federation of Labor (AFL), plant die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz, zu der die freien Gewerkschaften der 16 Staaten, die an der Pariser Konferenz vertreten waren, eingeladen werden sollen. Diese Konferenz ist für den Monat April angesetzt und verfolgt den Zweck, erstens die amerikanischen und die europäischen Gewerkschaften für die Beteiligung an der Durchführung des Marshall-Planes zu gewinnen und zweitens Normen aufzustellen, durch die Sicherheiten dafür geschaffen werden sollen, dass überall dort, wo Dollarkredite auf Grund des Marshall-Plans bewilligt werden, gute Arbeitsbedingungen bestehen. Beide gewerkschaftliche Spitzenorganisationen waren, wie oben erwähnt, schon an der Ausarbeitung des Harriman-Berichtes beteiligt.

G e g n e r d e s M a r s h a l l - P l a n s

Eine ausserordentlich heftige Gegnerschaft ist dem Marshall-Plan in Sowjetrußland erstanden, das in diesem nichts anderes als ein Instrument des amerikanischen Imperialismus erblicken will. Anlässlich der Gründung der «Kominform» in Warschau erklärte der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, A. S h d a n o w , unter anderem:

Der Marshall-Plan war im gegebenen Falle dazu berufen, der Verwirklichung einer der wichtigsten Aufgaben des amerikanischen Planes zu dienen — die Macht des Imperialismus in den Ländern der neuen Demokratie zu restaurieren und diese Länder zu zwingen, auf eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu verzichten ...

Die offizielle Freigebigkeit Marshalls hat ihre gewichtigen Gründe. Wenn die europäischen Staaten keine amerikanischen Kredite erhalten,

wird die Nachfrage dieser Länder nach amerikanischen Waren sinken, und dies würde zu einer Beschleunigung und Vertiefung der heranahenden Wirtschaftskrise in den USA führen. Amerika wird nachgeben müssen, wenn die europäischen Länder die notwendige Ausdauer und Bereitschaft zeigen, die amerikanischen drückenden Kreditbedingungen abzulehnen.

In einem ähnlichen Sinne äusserte sich Molotow anlässlich des dreissigsten Jahrestages der Sowjetunion. Gegen den Marshall-Plan werden also von russischer Seite zugleich zwei Argumente ins Feld geführt: erstens bezwecke er die Bildung eines Staatenblockes gegen die Sowjetunion, und zweitens wolle man damit einer « heranahenden Wirtschaftskrise in den USA » zuvorkommen. Was die letztere Behauptung betrifft, so handelt es sich zweifellos um ein sowjetrussisches Phantasieprodukt. In den Vereinigten Staaten sind bisher weit und breit keine Anzeichen einer allgemeinen Wirtschaftskrise wahrzunehmen. Wie das Zehn-Punkte-Programm Trumans zeigt, ist Amerika durchaus nicht in der Lage, Europa mit seinem Ueberfluss heizuspringen, sondern sogar gezwungen, sich Einschränkungen aufzuerlegen, die zum Teil noch über die im Kriege getroffenen Massnahmen hinausgehen. Nicht besser verfängt das andere Argument. Drei Viertel der Marshall-Hilfe erfolgen als Geschenk, und ob das vierte Viertel jemals an die USA zurückfliesst, ist noch sehr die Frage. Auch sind mit der Marshall-Hilfe keine andere Verpflichtungen verbunden als eigene Anstrengungen zur Währungsstabilisierung. Wie der Harriman-Bericht ausdrücklich unterstreicht, steht es den die Hilfe in Anspruch nehmenden Ländern frei, ihre Wirtschaft ganz nach ihrem eigenen Ermessen zu ordnen. Allerdings sollen nur verfassungsmässige Regierungen auf demokratischer Grundlage in den Genuss der Hilfe gelangen. Das ist ein Punkt, an dem vielleicht wohl Russland und gewisse Diktatorenanwärter Anstoss nehmen mögen, nicht aber die Arbeiter, für die die Demokratie in allen Ländern eine unmissbare Lebensbedingung ist.

E. Weckerle.